

Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ aller organisirten Brauereiarbeiter.

Sämmtliche Briefe sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an G. Nagel; — Verfammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an G. Krieg, sämmtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1247. Redaktion: G. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mt., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Kreuzbergstr. 9, Seitenf. I. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: L. Stidel, Frankfurt a. M., Södenstraße Nr. 32. Vorsitzender der Preis-Kommission: O. Brandt, Linden-Hannover, Wittelindstraße 20, 1. Etage.

Nr. 29.

Hannover, den 19. Juli 1901.

11. Jahrgang.

Verwüstung der Volkskraft.

Alle Kultur beruht auf einer Summe organisirter und disziplinierter menschlicher Kräfte. Natürliche Voraussetzung des Bestehens und des Fortschritts der Gesellschaft ist, daß diese Kräfte zu regelrechter Betätigung und Entfaltung gelangen; sie sollen ihre Verwerthung finden, entsprechend dem Interesse der Gesamtheit, in welchem allein vernünftigerweise das Interesse der Einzelnen sich begreifen läßt. Daraus ergibt sich eine natürliche Arbeitspflicht für Jeden, der zur Arbeitsleistung fähig ist, und zwar nach der Art und dem Maße seiner Befähigung. Wir erkennen diese Pflicht unbedingt an und lassen ihr gegenüber ein von gewissen Gesellschaftsklassen beanspruchtes Recht auf Schmarokeregistenz nicht gelten. Einen vernunftrechtlichen Anspruch auf Theilhaberschaft an den Früchten der Arbeit hat nur der Mensch, der seiner Arbeitspflicht genügt.

In der Praxis des sozialen Lebens allerdings hat dieser Grundsatz keine Bewährung nicht gefunden. Er kann nicht zur Geltung kommen in einer Gesellschaft, deren Charakter bestimmt wird durch Klassen- und Interessen-Gegensatz und -Kampf. In jeder solchen Gesellschaft befindet sich die Arbeit gegenüber den herrschenden Sozial- und Wirtschaftsfaktoren in einem Zwangsverhältnis, welches es mit sich bringt, daß sie dem Mißbrauch, einer mehr oder weniger rücksichtslosen Ausbeutung durch diese Faktoren unterworfen ist.

Das lehrt die Geschichte. Wie dieser Zustand allen früheren Sozialordnungen eigen war, so findet er sich auch in der modernen Gesellschaft. Ja, man darf, ohne sich der Uebertreibung schuldig zu machen, sagen, daß keines der Wirtschaftssysteme der Vergangenheit so sehr an der Volkskraft gefrevelt hat, als in unserer Zeit der Kapitalismus es thut. Die kapitalistische Entwicklung hat seit ihrem Anbeginn die systematische Verarmung und Verelendung der arbeitenden Massen geradezu zur Voraussetzung. Denn die Tendenz des Kapitalismus ist möglichst ergiebige Ausbeutung der von ihm abhängigen Arbeitskraft bei möglichst geringer Entlohnung derselben. Dem natürlichen Recht der Arbeit auf die Früchte ihres Müheus stellt sich der Anspruch der Besitzübermacht auf Kapitalprofit gegenüber. Und dieser Anspruch wird erhoben und durchgeführt ohne Rücksicht auf die Ansprüche, welche die Arbeitenden zwecks Führung einer menschenwürdigen Existenz zu erheben berechtigt sind. Der Kapitalismus fragt nicht darnach, ob der Lohn, der den Arbeitern wird, zu einer solchen Existenz ausreicht; er erachtet es als den „natürlichen Zustand“, wenn diejenigen Arbeiter, denen es gelingt, ihre Arbeitskraft zu verwerthen, im Stande sind, nothdürftig, unter Entbehrungen aller Art, ihre Existenz zu fristen; ihn kümmern nicht die Tausende und Hunderttausende, deren Arbeitskraft überflüssig wird und die in Folge von Arbeitslosigkeit dem äußersten Elend verfallen.

Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem ist in all seinen Theilen und in jeder Hinsicht auf die Ausbeutung der arbeitenden Massen berechnet; es schafft Verhältnisse, die für diese Klassen gleichbedeutend sind mit Vernichtung ihres Menschthums. Die schlimmen Wirkungen erzwungener übermäßiger Arbeitsleistung und ungenügender Entlohnung führen zu physischer und geistiger Degeneration der Millionen, in denen die Volkskraft sich begreift. Der Kapitalismus verwüstet die Volkskraft; sittliche Werthschätzung dieser Kraft ist ihm fremd; er betrachtet und gebraucht resp. mißbraucht sie lediglich unter dem Gesichtspunkte seines materiellen Vorteils, unbekümmert darum, daß er eine unberechenbare Summe von Gesundheit und Leben zerstört. Auf das Konto seines Systems kommt die der Humanität und Kultur hohnsprechende Thatsache, daß die große Masse der Arbeiter unheilbarem Siechthum und frühem Tode verfällt. Wie ein Würgengel wüthet die Tuberkulose, diese echte und rechte Elendskrankheit, unter den Proletariern. Ein erheblicher Theil der Arbeiterschaft ganzer Berufe fällt ihr zum Opfer. Da sind z. B. die Steinarbeiter. Die Zentrallleitung der Organisation derselben hat jetzt eine von Rich. Calmer verfaßte Denkschrift, betreffend die Berufsgefahren der „Steinarbeiter“, an den Bundesrath gerichtet. Darin wird die durch gewissenhafte ärztliche Untersuchungen festgestellte Thatsache mitgeteilt, daß nach

einer Arbeitszeit von 14 bis 15 Jahren bereits ein Drittel aller Steinmehlen von der Schwindsucht ergriffen ist, und daß die Steinmehlen nur ein Durchschnittsalter von 35 1/2 Jahren erreichen! Wehlich liegen die Verhältnisse in anderen Berufen. Es darf hierzu wohl bemerkt werden, daß im Durchschnitt der Jahre 1894—1898 nahezu der dritte Theil der Mitglieder der Krankenkasse von Krankheit heimgesucht wurde. Im Jahre 1898 betrug die Zahl der versicherten Arbeiter 8 770 057 und die Zahl der Erkrankten 3 002 593 mit 53 261 175 Krankheitstagen. Weitaus die meisten dieser Erkrankungen haben ihre mittelbare und unmittelbare Ursache im herrschenden Wirtschaftssystem.

Hinzu kommt die mehr oder weniger erhebliche Unfallgefahr, der die Arbeiter der meisten gewerblichen Berufe ausgesetzt sind. Seit dem nunmehr fünfzehnjährigen Bestehen der reichsgesetzlichen Unfallversicherung sind mehr als 10 Millionen Verletzungen durch Unfälle zur Anmeldung gelangt. Genau giebt die amtliche Statistik die Zahl der in diesem Zeitraum verletzten Personen an, für welche Entschädigungen festgestellt worden sind. Sie beläuft sich bis Ende 1899 auf insgesamt 809 518. Es hatten die Verletzungen zur Folge: Tod in 81 884, völlige Erwerbsunfähigkeit in 29 200, theilweise Erwerbsunfähigkeit in 424 333 und vorübergehende Erwerbsunfähigkeit in 272 098 Fällen. Die Zahl der Hinterbliebenen der Getödteten, der Wittwen und Waisen, beträgt mehr als 300 000.

Welche Unmenge von Mitleid, Elend, Leid und Jammer spricht aus diesen Zahlen! Was soll demgegenüber all' das Mühen vom „Segen“ der gesetzlichen Arbeiterfürsorge, der Unfallversicherung zc. bedeuten. Da gebärdet sich das Unternehmertum wegen der Leistungen an Geld für die Arbeiterversicherung, zu denen es gesetzlich gezwungen ist, äußerst hochmüthig und anmaßend. Verständig werden den Arbeitern diese Leistungen vorgeführt als solche, für die sie sich „dankbar“ zu erweisen hätten. Aber von den ungeheuren Opfern, die das Arbeitsvolk an Gesundheit, Leben und Glück im Frohndienste des Kapitals zu bringen hat, ist nicht die Rede; diese Opfer werden als „ganz selbstverständlich“ nicht in Anschlag gebracht. Und doch können sie durch keine Geldleistung der Unternehmer auch nur annähernd aufgewogen werden! Denn sie stellen die Verwüstung eines erheblichen Theiles der Volkskraft dar.

Die gesetzliche Arbeiterfürsorge hat bis jetzt noch keine Abnahme dieser Verwüstung bewirkt. Und das ist erklärlich. Denn die Versicherungsgesetze haben ja garnicht die Tendenz, die Lebenshaltung der Arbeiter zu bessern, die Arbeit in ein ihr günstigeres Verhältniß zum Kapital zu bringen, die Ausbeutung der Arbeitskraft einzuschränken. Diejenigen gesetzlichen Vorschriften, welche sich gegen die Maßlosigkeit resp. Willkürlichkeit der Ausbeutung richten, sind durchaus belanglos. Um der Verwüstung der Volkskraft Einhalt zu thun, bedarf es gründlicher wirtschaftlicher und sozialer Reformen, über die wir ja schon so oft uns ausgesprochen haben. Aber für solche Reformen sind die herrschenden Klassen und Parteien nicht zu haben. Die Arbeiter sind für die Gebung ihrer Lebenshaltung, für die Beseitigung oder Abwehr mörderischer Ausbeutung, für den Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen. Sie müssen in festgeschlossener Organisation unablässig kämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutungs- und Verwüstungspraxis. Aber auch für diese Nothwendigkeit haben die herrschenden Klassen kein Verständnis; sie behandeln die für ihre heiligsten und berechtigtesten Interessen kämpfenden Arbeiter als „Verbrecher wider die Staats- und Gesellschaftsordnung“. Und doch giebt es keinen anderen Faktor, die Volkskraft erfolgreich zu schützen, als die Arbeiterorganisation, die Arbeiterbewegung. Sie hat den hohen kulturhistorischen Beruf, die völlige Zerstörung der Volkskraft durch das kapitalistische System zu verhindern. Auch die beste Sozialgesetzgebung kann da nur unterstützend eingreifen. Das Vollbringen der Aufgabe ist durchaus abhängig von der organisatorischen Macht und Tüchtigkeit, von der Energie und Intelligenz der Arbeiterklasse selbst.

(„Grundstein.“)

„Neutral — Neutralität.“

Ich bin neutral, ich bleibe neutral, ich halte mich neutral, diese Worte wird wohl schon öfters jeder gewerkschaftlich agitatorisch thätige Arbeiter bei dem Versuch, neue Mitglieder für seine Organisation zu gewinnen, zu hören bekommen haben. Auch innerhalb unserer Berufscollegen scheint seit ein paar Jahren die „Neutralität“ zur Mode zu werden, vorwiegend an Orten, wo durch unsere Organisation die Verhältnisse ein gut Theil gebessert wurden, wo aber auch, wie das bis jetzt fast nach jedem Kampfe leider der Fall war, das parfümirte Junf-Gesellschaftum, unter Protektion und Schutz des Geldsacks, zu seiner Unheil und Verderben bringenden Thätigkeit sich eingemischt hat. Nichtet man nun hier an ein ängstliches Gemüth das Ersuchen, dem Verbanne beizutreten, so erhält man dann oft zur Antwort: „Ja, wenn der Bund nicht wäre; denn bin ich erst organisirt, so bin ich auch gleich demunzirt.“ Also aus Furcht vor dem eiligen Treiben des Bundes scheut sich eine Anzahl Kollegen, dem Verbanne beizutreten. Dem Bunde treten sie aber auch nicht bei und zwar eben aus Furcht über das Treiben desselben, sie schlagen dann kurz den „goldenen“ Mittelweg ein und üben „Neutralität“. Aber auch von Kollegen, die schon längere Zeit im Verbanne waren, bei denen aber so gelegentlich Zahlungsstörung eingetreten ist, dann „Kampfmüdigkeit“ hinzutrat, bekommt man auf eine neugierige Anfrage die Antwort: „Bleibe neutral.“ Ja sogar bei den ganz frischen Kollegen, ob sie von irgend einem „ehelichen Meister“, oder aus einer schlesischen Großschäfterei kommen, erhält man schon das Wort „Neutral“ zur Antwort. Man sieht hieraus, daß hier sozusagen epidemische Ansteckungsgefahr vorzuliegen scheint, und es wird höchst notwendig, daß dieselbe ganz energig bekämpft wird. Was ist nun eigentlich neutral resp. Neutralität, oder was bedeutet dieses fremde (lat.) Wort, welches wohl nicht alle die „Neutralen“ genau kennen werden? Im „Brockhaus“ (Leipzig) liest man darüber folgendes: „Die Nichttheilnahme am Streite anderer. Wenn ein Staat im Verhältnisse zu anderen kriegsführenden Mächten den Friedensstand sich bewahrt und weder zum Vortheile noch zum Nachtheile einer der Kriegsparteien in feindseliger Weise thätig wird. Mit der Neutralität ist die Pflicht verbunden, sich aller Unterstellungen zu Kriegszwecken zu enthalten. Ein neutraler Staat soll daher weder mit seinen Streitkräften am Kriege theilnehmen, noch durch Subsidien, Lieferung von Kriegsmaterial, Stellung von Transportmitteln, Erlaubniß zu öffentlichen Anleihen, Werbungen, Kriegsanlagen und Truppenbewegungen auf seinem Gebiete einer Macht beistehen.“

Diese Erläuterung des Wortes bezieht sich in erster Reihe nur auf die Volkskriege, dieselben Verhaltensmaßregeln müßten dann aber auch im wirtschaftlichen Kampfe seitens der Neutralen beobachtet werden, wenn sie dem Worte „neutral“ gerecht werden sollten. So lange sich feindliche Organisationen streiten, wie z. B. Verband und Bund, kann man sich schließlich, nebenbei gesagt, eine „eheliche“ Neutralität gefallen lassen. Kommt es aber zum Streit zwischen Organisation und Unternehmer, so ist die Neutralität sofort wie eine schöne Seifenblase zerplatzt, denn durch das Nichtorganisirtsein ist die Arbeiterschaft geschwächt und der Unternehmer fühlt sich gestärkt. Ist es aber erst zum Streik gekommen, so arbeitet der Neutrale weiter, weil er eben neutral war, und unterstützt die eine Kampfpartei, legt er aber die Arbeit mit den Streikenden nieder, so wird diese Partei unterstützt. Auf dem Gebiete des politischen Kampfes ist es ebenso, nur nennt man es hier nicht Neutralität, sondern Indifferentismus. Wir sehen also, daß „Neutralität“ auf gewerkschaftlichem Gebiete absoluter Unsinns ist. Hervorgehoben mag noch werden, daß mit dem an und für sich schönen Worte viel Unfug getrieben wird. Manchmal könnte man das Wort in Mantelträgererei, Heuchelei, Ernten ohne zu säen usw. übersehen.

Deshalb fort mit einer solchen „Neutralität“ aus der Werkstatt oder dem Betrieb, wo es solche nie gegeben und auch nie geben kann; ist es nicht blöder Indifferentismus, der sich hier hinter dieses Wort versteckt, so ist es saule Drücksberegeri.

P. M.

Bericht des Gauvorstandes Gau 5 (Sitz Dresden).

Laut Beschluß des Gauvorstandes soll über die geleistete Agitation im Gau ein schriftlicher Bericht für die Mitglieder ergehen, und entledigt sich Schreiber dieses seines Auftrages in einem kurzen Bericht über die Agitation und deren Erfolge. Alles in Allem entsprechen die Erfolge nicht den dafür aufgewandten Mitteln, was wohl der Laieheit der Brauereiarbeiter im ganzen Gau zuzuschreiben ist, da sie dem an sie ergangenen Rufe, zur Versammlung zc. zu erscheinen, zu wenig Folge leisteten. Im Ganzen ist für Agitation, an Keiselpesen, Vertretung für den Gauvorsitzenden, Referenten, Porto und Schreibmaterial die ansehnliche Summe von 217,11 Mt. laut Belege verausgabt worden. In Glogau wollten sich die Kollegen der Organisation anschließen, und hielt zu diesem Zwecke der Gauvorsitzende in einer Versammlung ein Referat über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Es wurde eine Zahlstelle errichtet und traten derselben 18 Kollegen bei. Leider haben die Kollegen wohl durch den Druck seitens der Brauereibesitzer im Eifer für die Organisation nachgelassen, sind wohl auch von der Arbeiterschaft nicht genügend unterstützt worden, so daß die Mitgliederzahl wieder zurückgegangen ist. Und gerade dort sind geregelte Arbeitsverhältnisse unbekannt, die Schlaf- und Wohnräume spotten jeder Beschreibung, und ebenso ist der Lohn von 65—70 Mt. monatlich ein sehr geringer. Wir wollen hoffen, daß die Kollegen bald zur besseren Einsicht kommen und sich wieder aufrufen.

In Glogau sieht unsere Sache nicht besser aus. Der Gauvorsitzende beauftragte den Gauvorsitzenden, dort eine Versammlung abzuhalten, doch wer nicht erschien, waren die Brauereiarbeiter. Ganze fünf Mann waren anwesend von ungefäh-

70 Kollegen und noch mehr Hilfsarbeitern. Hier ist nun nicht zu sagen, daß die Brauereiarbeiter nicht unterstützt worden wären, sondern gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Leitung des Zweigvereins lag in Händen des Kartells, und haben sich die beauftragten Mitglieder desselben, was hier lobend hervorgehoben werden muß, die größte Mühe gegeben, um die Kollegen aus ihrem Stumpfsein aufzurütteln, doch vergebens. Es sind hauptsächlich die Kollegen der Altien-Brauerei, welche, wie in einem Gefängnis eingesperrt, keiner Agitation zugänglich sind. Nach dem ersten vergeblichen Versuch sind noch mehrere gemacht worden; so hat auch eine Versammlung stattgefunden, in der Genosse Friede-Dresden referierte, doch das Ergebnis derselben war ebenfalls gleich Null. Auch hat der Gauvorsitzende später wieder einmal vorgeschlagen, doch hat er nur einen Kollegen zu Gesicht bekommen. Also sind alle angewandten Mittel vergeblich gewesen und so muß man es der Zeit überlassen, daß endlich die dortigen Brauereiarbeiter sich ermannen und zur Einsicht gelangen. Hoffentlich geschieht dies recht bald.

In Zittau, nach welcher Stadt der Gauvorsitzende zwecks einer Revision der Kasse entsandt wurde, stand es im vorigen Jahre ganz schlecht. Die bezahlten Beiträge der Kollegen waren von den ungetreuen Kollegen, welche die Zahlstelle verwalteten, unterschlagen worden. Buchführung hatte man überhaupt nicht, und hatte sich auch Niemand mehr um das Eingehen der Beiträge gekümmert. Von einer Organisation war also so gut wie nichts mehr vorhanden. Dem Gauvorsitzenden war es an diesem Tage unmöglich, noch eine Versammlung abzuhalten, doch hat er in einer Brauerei bei den Kollegen vorgeschlagen. Die Wohn- und Schlafräume waren in dieser Brauerei (Brauerei Rositz) sehr mangelhaft. Zuträger, welche die Unterhaltung kelauschten, haben wenigstens, wenn auch wider Willen, das Gute bewirkt, daß die ärgsten Mißstände bereits nach 14 Tagen abgeschafft waren.

Bei einer späteren Versammlung waren auch nur die Kollegen einer Brauerei erschienen. Gleichviel wurde doch die Zahlstelle wieder in Ordnung gebracht und die Leitung dem Vorsitzenden des Kartells in die Hand gegeben. Die Kollegen sind am anderen Tage noch besonders in der Brauerei aufgesucht worden, und ist da nun eine kleine Besserung zu verzeichnen. Auch ist von Seiten des Gauvorsitzenden später wieder Genosse Krüger-Dresden, sowie der Gauvorsitzende zu einer Agitationsversammlung erschienen. Diefelbe war zwar nur mäßig besucht, doch hat es wenigstens etwas genützt. Den Kollegen und Hilfsarbeitern von Zittau möchten wir aber noch ans Herz legen, thätig zu arbeiten und zu agitieren für die Organisation, daß endlich auch die dortigen Verhältnisse eine Besserung erfahren. Ein schwerer Uebelstand in Zittau ist, daß die „patriotischen“ Arbeitgeber einen großen Prozentsatz d'Eschen beschäftigen. Diese Leute sind ungemein schwer für die Organisation zu gewinnen und hindern dadurch die Entwicklung der Zahlstelle.

In Baugen, der Zahlstelle Dresden zugehörig, reichten nach einer Weisprechung die dortigen Kollegen eine Forderung an die Aktienbrauerei und Malzfabrik ein. Sie verlangten Erhöhung des Lohnes, auswärts wohnen und eine geregelte Arbeitszeit. Die Forderung wurde seitens der Direktion abgelehnt, und ist dieselbe auch vom Kartellvorsitzenden nicht nachdrücklich vertreten worden. Derselbe ließ sich mit schönen Redensarten abspäßen. Dem Gauvorsitzenden war es dann am anderen Tage bei den Verhandlungen mit dem Herrn Direktor nicht mehr möglich, für die Kollegen etwas zu erreichen. Die organisierten Kollegen, welche fast alle ledig waren, legten darauf einmütig die Arbeit nieder und verzichteten auf die Weiterbeschäftigung in diesem „Edorado“ für Arbeiter. Sie zeigten sämmtlich ab und ist in Baugen jetzt ebenfalls Niemand mehr organisiert und müssen die Verhältnisse abgewartet werden, bis wieder mal Boden zu fassen ist.

In letzter Zeit wurde der Gauvorsitzende nach Breslau berufen. Die dortigen Kollegen wollten der Gründung eines Arbeitsnachweises näher treten und referierte daher der Gauvorsitzende über „Arbeitsnachweis und gewerkschaftliche Organisation“. Die Versammlung war gut besucht, auch ist der Geist unter den Breslauer Kollegen ein guter zu nennen. Es ließen sich dabei 12 Mann in den Verband aufnehmen und hoffen wir daher, daß der Zweigverein Breslau in nicht zu langer Zeit mit an der Spitze marschieren wird. Es ist hier unbedingt nötig, daß noch mehr agitiert wird. Die Kollegen müssen noch mehr arbeiten, um den Bundesverein in Breslau endlich lahm zu legen; denn es sieht fest, daß, wenn kein Bundesverein am Orte wäre, die ganze Lebenslage der Breslauer Brauereiarbeiter eine bedeutend bessere wäre. Darum, Kollegen in Breslau, setzt eure ganze Kraft ein, ihr arbeitet nicht nur für euch, sondern auch für sämmtliche Brauereiarbeiter Schlesiens; denn ist es einmal in der Hauptstadt besser, so folgt dann auch die Provinz.

Nun noch Einiges über die Zahlstelle Dresden. Zu derselben gehören außer Dresden noch die Städte Meißen, Radeberg und Pirna. Die Entwicklung der Organisation schreitet hier langsam aber stetig vorwärts. Der eingeführte Arbeitsnachweis bringt trotz der Mängel, welche er besitzt, die arbeitssuchenden Kollegen der Meise nach wieder in Arbeit und ist die Organisation dadurch viel kräftiger geworden. Im Berichtsjahre sind hier Lohnbewegungen in allen zugehörigen Orten zu verzeichnen. In Meißen haben sich die Kollegen aber nicht solidarisch betragen, nachdem sie ihre Forderung eingereicht hatten, und haben dieselben daher auch nichts erreichen können. Dagegen sind die Kollegen in Radeberg als Muster in dieser Hinsicht hinzustellen; denn sie haben bei einem achtstägigen Streik wie ein Mann zusammengestanden und daher ihre Forderungen voll und ganz dem Unternehmer abgerungen. In Pirna traten ebenfalls die Kollegen nach Maßregelung von zwei Mann in den Streik ein, doch mußte nach vierwöchentlichem Dauer derselbe, ohne daß etwas erreicht wurde, für beendet erklärt werden. Die Dresdener Ringbrauereien haben hier bewiesen, daß von ihnen eine Arbeiterfreundlichkeit nicht zu erwarten ist, und mögen alle Brauereiarbeiter sich ihr Verhalten zur Lehre nehmen.

In Dresden traten die Kollegen der Döring'schen Brauerei nach Ablehnung der eingereichten Forderungen ebenfalls in den Streik, doch wurde bereits nach eintägiger Dauer das Meiste bewilligt. Dinterher sucht man der Besitzer Herr Döring, ein mehrfacher Millionär, die Kollegen einen nach dem andern los zu werden und ist jüngst erst wieder ein Mann gemaskert worden. Eine Kommission empfängt der Herr nicht und werden hier noch andere Schritte zur Erreichung unseres Ziels angewandt werden müssen. Dagegen wurden den Kollegen des polnischen Brauanwes ihre schriftlich eingereichten Forderungen anstandslos bewilligt. Aus diesem Benigen, was hier über Dresden berichtet wird, ist zu entnehmen, daß sich die Organisation bei den Unternehmern eine gewisse Achtung verschafft hat. Es liegt deshalb im Interesse jedes Kollegen, die Organisation in jeder Hinsicht fördern zu helfen. Der Gauvorsitzende ersucht alle Mitglieder des Genes, dafür zu sorgen, daß beim nächsten Jahresbericht ein besseres Resultat verzeichnet werden kann und hofft, daß die in nächster Zeit zur Verbreitung gelangenden Flugblätter von jedem Mitgliede richtig beachtet und an alle Berufsgenossen richtig verteilt werden, damit endlich jeder Brauereiarbeiter organisiert und der Organisation zugeführt wird.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Am 3. Juli fand unsere wie immer wägig besuchte Mitgliederversammlung statt, und wurde gerügt,

daß es immer dieselben Kollegen seien, welche durch Abwesenheit glänzten. Nach Aufnahme eines Kollegen wurde über die unregelmäßige Arbeitszeit auf der Feibisch'schen-Brauerei getabelt. Dort mühten einige Kollegen um 7/11 Uhr Vormittags schon Mittag machen und läuteten sich, da es um 12 Uhr erst Mittagessen gebe, nicht satt essen bezw. es bloß hinunterkriegen. Bezahlen müßte es aber der Arbeiter. Ueberstunden sollen nicht bezahlt werden nach Aussage des Direktors oder Braumeisters, sondern abgeschrieben werden, und so kommt es vor, daß mancher Kollege gleich einen halben oder ganzen Tag zu Hause bleiben kann. Wenn dich nicht paßt, sagt der Braumeister, der kann ja gehen. So wollte ein Kollege gleich nach einer Ruhepause sein Bedürfnis verrichten, da wurde ihm aber gesagt, daß doch während der Ruhepause Zeit genug dazu gewesen wäre. Von der Brauerei Jürgens wurde hauptsächlich über die Sonntagsarbeit getagt. So seien z. B. an einem Feiertage 6 Waggons Kohlen und eine Ladung Malz ausgeladen worden. Dies gehört absolut nicht zu den notwendigsten Arbeiten, die die Gewerbeordnung vorseht. Unsere Polizei sieht von alledem nichts, denn ähnliche Verhältnisse bestehen auf fast allen hiesigen Brauereien, da wird während der Kirche abgefeilt, Gefäße gereinigt und Flaschen gespült, Alles das sieht das Auge des Gesetzes nicht. Doch ehe nicht die Organisation dem Gesetze Geltung verschafft, würden wir noch lange auf eine angemessene Sonntagsruhe warten können.

Farrach. Bei der am 7. Juli 1901 stattgefundenen Ortsgruppenversammlung der Gewerkschaft der Brauer und verwandten Berufsgenossen der Ort. Alpenländer hatten sich die Mitglieder der Brauereien von Farrach, Knittelfeld, Weiskirchen und Paulus Judenburg zahlreich eingefunden. Nur die Kollegen der Brauerei Haberl waren abwesend, die Organisirte dort nicht mehr duldet. Als Tagesordnung wurde aufgestellt: 1. Vereins- und Kassenbericht; 2. Neuwahl; 3. Allgemeines. — Punkt 1. Ortsgruppenleiter und Kassierer erstatteten den Vereins- und Kassenbericht, welcher bis auf eine Regelung, welche die Ortsgruppenleitung im Einvernehmen mit der Zentrale zu bewerkstelligen hat, angenommen wurde. Punkt 2. Die Neuwahl wurde einstimmig vollzogen. Punkt 3. Der Obmann der Gewerkschaft besprach die Verhältnisse in der Zentrale, sowie die letzten Ereignisse in Graz, außerdem wurde Bericht erstattet über die Zustände in der Brauerei Haberl in Judenburg. Die Verhältnisse in dieser Brauerei sind höchst miserable, so daß man staunen muß, solche noch im 20. Jahrhundert in einem zivilisierten Lande anzutreffen. Die organisierten Kollegen wurden vor kurzem aufs Pfaster geworfen und durch Unorganisierte ersetzt, denen das Vertreten zu Vereinen, das Besuchen von Versammlungen, das Lesen von Arbeiterzeitungen zc. bei Entlassung verboten ist. Die Wesslerin Frau Haberl glaubt vielleicht, weil sie die Stelle als Fabrikverwalterin beim Arbeiter-Gesang-Verein „Vergesitt“ in Fohnsdorf vertrat, nun schon mit Recht Organisationsversteher zu dürfen. Doch wollen wir die Frau Haberl aufmerksam machen, daß auch schon Blinde sehend gemacht wurden, und dies ja auch bei den Fohnsdorfern nicht ausgeschlossen ist, was vielleicht nicht angenehm wirken könnte.

Graz. Um den an uns wiederholt gestellten Anfragen nachzukommen, wollen wir nochmals den Sachverhalt über die letzten Ereignisse in Graz berichten.

Auf wiederholtes Ansuchen um Herausgabe einer neuen Arbeitsordnung kam die Brauerei Reininghaus diesem Ansuchen nach im Monat Februar. Die Brauereibesitzer bewilligten, daß bei der Ausarbeitung dieser Arbeitsordnung auch Vertrauensmänner der Arbeiterchaft herangezogen würden, hielten ihr Versprechen aber wie gewöhnlich nicht. Die nun herausgegebene Arbeitsordnung spottete jeder Beschreibung, man wollte das seit Jahren Erzwungene wieder rückgängig machen, überhaupt wäre dieselbe für eine Strafanstalt reif gewesen. Ebenso wurde in der Brauerei Reininghaus die im Jahre 1897 von Brauereibesitzern und Arbeitern hergestellte Vereinbarung nicht aufrecht erhalten, kurz, die Sklaverei sollte wieder eingeführt werden. Durch dies, sowie durch häufig vorgekommene Maßregelungen tüchtiger Mitglieder wurden wir gezwungen, Forderungen zu überreichen, mit dem Ersuchen, uns innerhalb fünf Tagen Antwort zukommen zu lassen. Nach dieser Frist wurde einigen Vertrauensmännern gelegentlich einer Anfrage mitgeteilt, daß man erst nach Tagung der Brauereiarbeiter Antwort erhalten werde.

Bei der nun von uns einberufenen Vertrauensmänner-Versammlung wurde von allen Brauereien mitgeteilt, daß keine Gerste mehr eingeweicht würde, die Ende von 9 auf 3 reduziert, die Depots sowie Keller der Wirtche mit Bier vollgepfropft würden, kurzum, die Brauereien begannen langsam den Betrieb einzustellen. Die Vertreter der Brauer und Hilfsarbeiter erklärten, daß man nun wohl zum Äußersten schreiten müßte, indem man im Voraus einer Aussperrung entgegensehen könnte.

Bei dieser Sitzung waren auch der Gewerkschaftssekretär, sowie ein Vertreter des Kartells zugegen, diese beantragten nach längerer Debatte, daß man unbedingt die Antwort der Brauereien erst abwarten müsse, welcher Antrag leider mehrheitlich angenommen wurde.

Diese Sitzung fand an einem Montag statt. Mittwoch darauf hatten schon viele Arbeiter der Brauereien nichts mehr zuzukommen am darauffolgenden Montag waren sämmtliche Malzentener, sowie größtentheils auch Gärtler leer und den auf einer Liste namentlich aufgeführten Leuten (Mälzern und Hilfsarbeitern) wurde erklärt, sich am 9 Uhr in der Kanglei einzufinden.

Jetzt kam die Antwort!!!

In der Kanglei waren die Dokumente und Abfertigungen prompt vorbereitet und wurden den in die Kanglei beorderten Mälzern und Hilfsarbeitern eingehändigt, mit dem Bemerkten, um 3 Uhr Nachmittags die Fabrik zu verlassen. Dies war das Ende vom Lärmen! Nach 3 Tagen wurde die Mälzerei wieder in Betrieb gesetzt. Ein gewisser Herr Fleißmann, Direktor einer Malzfabrik in Olmütz, sammelte unter großen Versprechungen und Vorpiegelungen für eine Malzfabrik in Wien Leute, die aber hierher geschickt wurden und in Graz erst den wahren Sachverhalt erfuhren. Es kam auch gleich zu Auseinandersetzungen, da die Brauereien das Versprochene nicht aufrecht hielten, und der größte Theil der Genasführten reifte sofort wieder ab.

Die noch in der Brauerei Beschäftigten mußten nun außer der früheren Arbeitsordnung auch ein Memorandum unterschreiben, in welchem unter Anderem angeführt war, daß die Arbeiter im besten Einvernehmen mit den Brauereien stehen zc. Als Erster unterzeichnete sich in Vertretung der Obmann der Binder, Namens J o h a n n H a i d e n.

Das Halten von Arbeiter-Zeitungen ist strengstens untersagt und Besuchen von Versammlungen wird mit Entlassung bestraft. Die Binder, deren Verhalten während der Bewegung nicht genug getabelt werden kann, wurden von den Herren, besonders in Reininghaus, mit belobenden Worten ausgezeichnet; doch scheint ihr glückliches Leben keine lange Dauer zu haben, indem sie jetzt aufs äußerste angetrieben werden.

Gärtner Begleiter mit ihrem feigen Obmann Johann Haiden nicht im letzten Moment einen höchst entehrenden Rückzug genommen, hätte der Kampf gewiß anders geendet.

Wir richten an alle Brauer die dringende Bitte, der Ausgesperrten nebst deren Familien zu denken und sich Geldsendungen zu richten an Alois Kocovic, Brauer, Nietenbergerstraße Nr. 73, Graz.

Damm i. S. Am 7. Juli fand bei Winkler unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Aufnahmen hatten wir 6 zu verzeichnen und zwar aus unserer

Nachbarschaft Soest. Der Vorsitzende ermahnte die neuen Mitglieder, treu zur Fahne zu halten und sich nicht abspalten zu lassen von unseren Gegnern, welche bloß gegen unsere Interessen arbeiten. Die Abrechnung vom 2. Quartal gab der Kassierer. Die Bücher und Kasse sind von den Revisoren der richtig befunden worden und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Bericht vom Kartell Gamm gab der Delegierte und ersuchte die Kollegen dabei, die Arbeiterpresse besser zu unterstützen. Unter „Beschriebenes“ kam es zwischen zwei Kollegen zu einer Auseinandersetzung, was jedoch schwer getabelt wurde, weil solche Sachen nicht in die Berathung gehören. Es wurde der Antrag gestellt, wenn wieder solche Sachen vorkommen sollten, dem Betreffenden sofort das Wort zu entziehen. Hierauf erwähnte der Vorsitzende mit einigen Worten noch die Agitationstour nach Soest. Die Tour wurde gemeinschaftlich mit dem Gauvorsitzenden unternommen und das Resultat war die Aufnahme oben erwähnter 6 Kollegen. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß er beim Braumeister wegen der Badeeinrichtung vorstellig geworden sei und habe letzterer versprochen, dieselbe vergrößern und herrichten zu lassen. Im Weiteren wurde noch beschlossen, eine Agitations-tour nach Wünstler zu unternehmen und der Vorsitzende damit beauftragt. Auch wurde zum Schluß noch beschlossen, sich Vertreter eines Referenten zur nächsten Versammlung an den Gauvorsitzenden zu wenden.

Hannover. Von der Direktion der Schloß-Brauerei Chemnitz erhalten wir folgende Berichtigung zugefandt:

In Nr. 27 Ihres Blattes findet sich unter „Geminth“ eine Notiz, die die Vorgänge und Verhältnisse in der Schloßbrauerei in nicht den Thatfachen entsprechender Weise schildert. Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuchen wir Sie um Abdruck des Folgenden:

Der Brauer Gentsch ist entlassen worden, weil er sich in eine Sache eingemischt hat, die ihn nicht anging, bei dieser Gelegenheit seinem Vordurchschreiten mit der Faust gedroht und ihm mit dem gewöhnlichen Anstand nicht vereinbaren Lebensarten entgegengetreten ist. Daß der Obermälzer Meßler den Ausbruch „Dummer Junge“, auf einen Dritten angewandt, gebraucht hat, behauptet Gentsch. Kein Zeuge hat ihn gehört. Daß der Obermälzer Meßler angetrunken war, behauptet Gentsch. Die eingehende Untersuchung hat das Gegenteil ergeben. Der Direktor hat nicht einzelne, sondern alle Zeugen des Vorganges vernommen. Der Brauer Gentsch hat auf seine Aeußerung hin, daß die Vordurchschreiten die Brauer brutal behandeln, vom Direktor um Angabe spezieller Fälle er sucht, nichts anzuführen vermocht, was einer brutalen oder schändlichen Behandlung ähnlich sieht und woraufhin gegen einen der Vordurchschreiten hätte vorgegangen werden können.

Uchtungswoll
Aktien-Lagerbier-Brauerei zu Schloß Chemnitz.
Klapp.

Auf eine Anfrage bei unserem Chemnitzer Berichterstatter theilt uns derselbe mit, daß er Wort für Wort die in Nr. 27 der „Br.-Ztg.“ gebrachte Notiz aufrecht erhält und dem Herrn Direktor in nächster Nummer den Beweis erbringen wird, wer Recht hat.

Hannover. Ueber recht schlechte Behandlung seitens des Oberburschen beklagen sich die Kollegen der Brauerei W. Schnitzler in Hemmerden, NfB. So ist es oft vorgekommen, daß er schon Morgens, wenn's Los geht, die Kollegen anschnauzte, wenn, wie in einem speziellen Falle, ein Kollege erst ein Weidwerk verrichtete, wozu er kaum 5 Minuten gebraucht, der Oberbursche sich sogar herausnahm, dem Betreffenden die Entlassung anzubieten. In einem anderen Falle wollte der Oberbursche, der selbst nicht mal Brauer sein soll, einen anderen Kollegen aus einem ganz nichtigen Grunde aus dem Keller herauschmeißen und begleitlich Stichele mehr. Die Kollegen verstehen es nicht, daß, sich dieser Herr eine derartige schlechte Behandlung der ihm untergebenen Arbeiter zu Schulden kommen lassen darf, während doch sonst das Verhältnis des Herrn Braumeisters wie des Inhabers Herrn Schnitzler den Arbeitern gegenüber als ein ganz erträgliches bezeichnet werden kann. Es wäre doch sehr am Plage, wenn der willkürlichen Handlungsweise des Oberburschen seitens der Betriebsleitung dem Personal gegenüber eine Grenze gezogen würde. Es könnte hier noch mehr angeführt werden, doch möchten diese Zeilen dazu beitragen, daß baldigst Abhilfe geschafft wird, denn unter diesem „Regiment“ ist kein gedeihliches Leben mehr.

Hannover. Freigesprochen wurde unser Kollege Schmidt in Salungen von der Anklage der Beleidigung. Kollege Schmidt soll in Salungen gelegentlich des Streiks zwei Arbeitswilige mit „Streikbrecher“ tituliert haben, und wurde deshalb unter Anklage gestellt und zu 10 Mark Strafe verurtheilt. In der am 11. Juli stattgefundenen Hauptverhandlung in Salungen erfolgte ein freisprechendes Urtheil.

Sof. Unsere Monatsversammlung am 2. Juli war sehr gut besucht. Nach Erledigung der zwei ersten Punkte, darunter Bericht von der Gautionferenz, kam es zu recht heftigen Auseinandersetzungen, die in Folgendem ihren Grund hatten. Im Laufe des Frühjahrs reiste ein Kollege Anton Jmmelauer aus Niedenberg hier zu, meldete sich auch an, angeblich um bei einem Braumeister zu arbeiten. Nun stellte sich aber heraus, daß J. bei keinem Braumeister, sondern als Streikbrecher in der Pfeifer'schen Malzfabrik beschäftigt war. Zu dieser Sache nahm die Versammlung Stellung und wurde J., der jetzt in der Aktien-Brauerei Union in Arbeit steht, aus dem Verband ausgeschlossen. Ueber dieses doch gerechte Verfahren ereiferte sich der Kollege Hartmann derart, daß er dem Vorstand vorwarf, er hätte seiner Zeit den J. zu wenig unterstützt, sonst wäre er nicht Streikbrecher geworden. Demgegenüber stellte Kollege D. fest, daß J. im April zugereist, am 1. März 1901 aber erst in Würgsburg eingetreten, also noch gar nicht unterthänigsheredigt gewesen sei, zudem sei J. durch private Geschenke anständig unterstützt worden und hätte, wenn er sich gemeldet, auch Geld zur Abreise erhalten. So habe man erst nach Wochen entdeckt, daß er in der Pfeifer'schen Malzfabrik arbeite. Diese Ansicht wurde von allen Anwesenden getheilt, außer von Hartmann, welcher sich nicht beruhigen wollte, sondern weiter lärmte, obgleich er in die örtlichen Verhältnisse gar nicht eingeweiht ist. Die gegenseitige Aussprache wurde immer erregter, als aber die Aufsetzungen gesprochen wurde, die sich Hartmann nebst etlichen Kollegen auch gelegentlich einer Mauereversammlung zu Schulden kommen ließen. Der Referent der genannten Versammlung habe vor Skandal nicht weiterprechen können, trotzdem die Kollegen im Gastzimmer fortwährend zur Ruhe gemahnt wurden, dies sei sehr beschämend für uns. Hartmann suchte die Sache in ein anderes Licht zu stellen, was jedoch nicht gelang und so wurde er schließlich auf Grund seiner fortwährenden provozierenden Aeußerungen auf Antrag aus dem Verband ausgeschlossen. Hoffen wir nun, daß wieder die alte Ruhe und Ordnung in unseren Versammlungen eintritt. Es ist sehr bedauerlich, daß derartige Verwärfnisse unter Kollegen, die die besten am Orte sein wollen, vorkommen. Darum, Kollegen von Sof, suchen wir diese unliebsamen Wortumstände durch doppelten Eifer für unsere Sache weit zu machen, damit wieder Einigkeit, der wir so dringend bedürfen, in unsere Reihen einkehre. Geben wir unsere besten Waffen nicht aus der Hand, es könnte sich sonst bitter an uns rächen, denn die Unternehmer werden jede Schwäche unsererseits benützen, um ihre Gewalt fühlen zu lassen. — Beim Brauereibesitzer Herrn Schmidt (Bürgerbräu) wurde der Kollege Schmidt entlassen, angeblich, weil er schuld sein soll, daß die Biere des Herrn Schmidt meistens blind seien und beim Publikum nicht anprägen. Die Entlassung, die nichts als Maßregelung war, wurde einer Kommission

gegenüber auch wieder zurückgegriffen, so daß G. in einigen Wochen wieder anfangen kann. So soll Herr Schmidt sich auch geübert haben, daß alle Verbandsmitglieder nach und nach herauskämen. Herr Schmidt weiß sehr gut, daß wir uns keine Revolutionen nicht gefallen lassen und ihm jedesmal auf die Finger klopfen. Wir raten aber doch Herrn Schmidt, ja zuversichtlich recht vorichtig zu sein, sonst könnte die Polizei Arbeiter auch ein Wörtchen mitreden und G. Schmidt belehren, daß man auch die Koalitionsfreiheit seiner Arbeiter zu beachten hat.

Kempfen. Der Besuch unserer letzten Versammlung am 6. Juli war entgegen den früheren gut und wird es in Zukunft hoffentlich immer noch besser. Der Punkt Eingehen der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder war schnell erledigt und dabei 1 Kollege aufgenommen. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung brachte Kollege Egg einen reichhaltigen Kartellbericht, woraus besonders zu bemerken ist, daß die Umstellung eines Zentral-Kartells am 15. Juli in Kraft treten soll. In einem weiteren Punkte der Tagesordnung wurde Kollege B. als zweiter Schriftführer gewählt, und nachdem sich unter Punkt „Verschiedenes“ Niemand zum Wort meldete, verdrückte sich Kollege Garzenetter in längeren Ausführungen über den Indifferentismus der Arbeiter im Allgemeinen wie in unserem Berufe. Um gleichen Schritt mit dem raschen Aufschwung zu halten, damit die Arbeiter nicht zurückbleiben und ebenfalls mit dem Zeitgeist fortschreiten, sei es vom wirtschaftlichen Standpunkte aus unbedingte Notwendigkeit, die Arbeiter zu organisieren. Durch die noch übermäßig lange Arbeitszeit und schlechte Entlohnung in unserem Berufe seien die Arbeiter leider um so weniger für die Organisation empfänglich, was noch ein bedauerlicher Tiefstand sei und es nehme kein Wunder, wenn die meisten Arbeiter erst zur Einsicht ihrer wirtschaftlichen Lage gelangen, wenn die Arbeitskraft bereits zu verfallen droht und dann sei es meistens schon zu spät. Deshalb möge jeder der Anwesenden zur Aufklärung unter seinen Kollegen sein Möglichstes beitragen, damit gut organisierte Mitglieder erzogen werden, die allen Kämpfen und Anforderungen gewachsen sind. Im Weiteren erinnerte Kollege Garzenetter noch an die Zurückziehung der organisierten Kollegen in der Aktien-Brauerei, wo ein Brauer, der erst etliche Wochen dort war, zum Wirtsmeister befördert wurde, während zwei ältere Burschen mit 5- und 3-jähriger Tätigkeit ohne Grund zurückgesetzt wurden. Ebenso wurde der Darfraz zum ersten Bierkeller erhoben und der zweite Bierkeller übergegangen. Dieser Kollege, namens Einsamerer, der es mit einer Demunziation nicht so ernst nimmt, und der in Bezug auf seine Ehrlichkeit gerade nicht den besten Nachruf genießt, wenn er auch im Herrn Direktor einen milden Rechtsanwalt gehabt hat, diesen „Charaktermenschen“ hat nun auch das Schicksal ereilt. Er hat sich auf nicht erlaubtem Wege Bier zu verschaffen gewagt, was seine Entlassung zur Folge hatte. Da er sich allen Versuchen, ihn über seine schlechten Handlungen zur Reue zu bringen, feige entzieht, und seinen Pflichten dem Verbandsgegner gegenüber so nicht nachkommt, wurde sein sowie noch drei anderer Kollegen Ausschluß beschlossen. Die betreffenden heißen Schmeier, Köberle und Andr. Klupp. Mögen die Kollegen Kempfen dahin wirken, daß derartige Maßnahmen gegen Verbandsmitglieder nicht wieder vorkommen, möge deshalb jeder Kollege als Mitglied wie als Mensch dem Verbandsgegner immer seine Pflicht erfüllen.

Kulmbach. Auf der ersten Aktien-Brauerei geht man mit allen möglichen Maßregeln gegen die organisierten Kollegen vor, auch von Seiten des Herrn Direktors Mongolophy. Man nennt sie Hezer und unzufriedene Menschen, und wurde kürzlich ein Kollege ohne jeglichen Grund entlassen, weil er — Mitglied der Lohnkommission und Vorsitzender des Arbeiter-Ausschusses war und infolgedessen die Interessen der Arbeiter tätig war. Derartige Maßregelungen sprechen denn doch aller Gerechtigkeit Hohn und werfen auf die Herren Mongolophy und Braumeister Baumgartner ein schlechtes Licht. Man wendet alle Kräfte an, die organisierten Kollegen nach und nach herauszubringen, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dieser Schneidigkeit des Braumeisters Baumgartner sowie des Direktors ist jedenfalls auch der „Aufschwung“ zuzuschreiben, der sich im Winterablauf von Bier sehr bemerkbar macht; denn gleich bei seinem Antritt vor zwei Jahren ging Herr Baumgartner „scharf“ vor, da waren überall zu viel Leute, diese hatten wieder zu viel Lohn und Bier zc., kurz, es wurden lauter Reineinführungen gemacht. So kommt es oft vor, daß die Kollegen Sonntags Fahrschlupfen, Kellerschuppen, Fässer waschen, Bierabfüllen und andere Arbeiten mehr verrichten müssen, was durchaus nicht zu den „notwendigsten“ Arbeiten gehört. Dabei leistet ein Vorarbeiter Münch im Antreiben und Schreien, besser gesagt Wollen, Hervorragendes. Sehr oft gibt er die Arbeit falsch an, wofür, wenn die Kollegen die Arbeit ausführen, sie angebrüllt werden. Schon früh geht es mit Schreien los, sucht ein Kollege etwas oder geht er auf den Wort, so wird er gleich angebrüllt, oder sprechen Kollegen auch nur ein Wort mit einander, gleich hat man eine Demunziation beim Braumeister fertig. Sehr oft schon soll Münch Morgens nicht ganz nüchtern zur Arbeit gekommen sein, und sind ihm dann die Kollegen recht, wenn sie anstandslos die oft verrichtete angegebene Arbeit richtig verrichten. Und einem solchen Menschen, der unter Umständen dem Geschäft Schaden anrichten kann, läßt man von Seiten der Geschäftsleitung unbehelligt wirtschaften, hat für seine Handlungsweise scheinbar keinen Tadel, sowie für seine moralische Qualifikation als Vorgesetzter. Organisierte Arbeiter aber wirft man ungerechter Weise auf's Pflaster und spricht allen menschlichen Gesellschaftsregeln dabei Hohn. Durch die Probigkeit und schreiende Ungerechtigkeit ihren Arbeitern gegenüber wird die Direktion und Leitung der ersten Aktien-Brauerei derselben keinen Nutzen schaffen, und sind jedenfalls nicht die organisierten Arbeiter schuld daran, sollte der Geschäftsgang einen weiteren Rückgang erleiden.

Lüneburg. Wir sind heute wiederum in der glücklichen Lage, von einem kleinen Erfolge unserer Zahlstelle Mitteilung zu machen. Vor kurzer Zeit passierte einem unserer Arbeiter das Malheur, mit einem Kasten leerer Flaschen auszurutschen, wobei 20 Flaschen entzwei gingen. Daraufhin wurden dem betreffenden Arbeiter im Komptoir 4 Mark abgezogen. In der darauffolgenden Mitglieder-Versammlung wurde der betr. Arbeiter beauftragt, die 4 Mark zurückzufordern und im Falle einer Verweigerung die Sache beim Gewerbegericht einzulegen. Daraufhin belam der Betreffende die 4 Mark, doch wurde ihm seine Stelle gekündigt, und zwar am 14. Tage. Vor acht Tagen wurde der Arbeiter dann auch entlassen, worauf unser Vertrauensmann, Kollege Kahlhof, beim Braumeister in dieser Angelegenheit vorstellig wurde und im Auftrage sämtlicher Mitarbeiter die Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen verlangte. Derselbe wurde sodann am anderen Morgen wieder eingestellt, was wieder als ein Erfolg der Solidarität unter den Arbeitern zu bezeichnen ist.

Wilhelm a. d. Ruhr. Am Sonnabend, den 6. Juli, fand bei W. Borscht unsere Mitglieder-Versammlung statt. Vier Kollegen ließen sich aufnehmen und zwei umschreiben. Bei Schluß der Wälzerei-Kampagne sind viele Kollegen abgereist und es mußte deshalb zu einer Neuwahl des Vorstandes geschritten werden. Es wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender Hense, als 1. Kassierer Sidmüller, als 2. Kassierer Binden, als 2. Schriftführer Heinrich, als Revisoren die Kollegen Leppert und Hammon. Die übrigen Posten blieben wie früher. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, an einem der nächsten Sonntage eine öffentliche Versammlung abzuhalten und hierzu einen Referenten zu bestellen. Die Versammlung soll durch

Flugblätter bekannt gemacht werden. Der bisherige stellvertretende Kassierer wird dringend ersucht, schleunigst die Abrechnung für das 1. Quartal dem neugewählten Kassierer sammt den Büchern zu übergeben.

Bewegungen im Berufe.

† Bochum. Am 1. Juli legten in der Brauerei Hülsmann, Eidel, 17 Mann die Arbeit nieder. Suchte man schon immer mit allen möglichen Mitteln die verhassten Verbandsmitglieder auszurotten und hatte man bisher schon nichts unversucht gelassen, einen nach dem anderen herauszubringen, so schien wohl Herr Braumeister Nieve bei der Neubefestigung der Oberburschenstelle der Zeitpunkt gekommen, einen Koup gegen die Verbandsmitglieder auszuführen. Obgleich auf der Brauerei Hülsmann heute schon ca. 10 Jahre im Geschäft thätig und sowohl in der Arbeit wie im Fach anerkannt thätig sind, hat man es vorgezogen, einem gewissen Herrn Kurbalger den Oberburschenposten zu übertragen. Nun treffen bei diesem die eben genannten Eigenschaften durchaus nicht zu. Schon immer konnte dieser Herr ungenirt herumfaulenzen, während Andere arbeiteten, und durfte ihm auch der Oberbursche darin nichts sagen. In Bezug auf die Anciennität ist dieser Herr noch weit zurück; wohl aber besitzt er Eigenschaften, die unsere Mitglieder bewogen, als Vorgesetzten und Oberburschen einen Mann dieses Schlages nicht anzuerkennen zu können und in dieser Angelegenheit mit dem Braumeister zu verhandeln. Als muthwilliger Eiferer für den „Bund“ wollte Kurbalger recht bald mit den Verbandskollegen „fertig sein“ und sie bald heraus haben, wie er sich ausgedrückt hat. In moralischer Beziehung steht er mit Kurbalger sehr weit entfernt, doch wollen wir hier aus Anstandsgründen nicht vorkühnen, was wir dem Braumeister Nieve Alles unterbreitet haben mit dem Hinweis, daß unter diesen Umständen ein erträgliches Arbeiten nicht möglich sei und daß die Stelle des Oberburschen durch den ältesten Brauer besetzt werden möge, wie dies früher immer gehandhabt worden wäre. Herr Braumeister Nieve gab zur Antwort, daß er den verheirateten Burschen, der an der Reihe sei, nicht zum Oberburschen nehmen könne, da die Inhaberin, Frau Hülsmann, dazu keine verheiratete Person wünsche. Ein Vorstelligwerden bei Frau Hülsmann ergab, daß sie von der ganzen Sache nichts wußte, noch irgend etwas dazu schon gesagt hatte. Herr Nieve wurde unverblümt ein heftiger Angriff ertheilt, und verbat sich Frau Hülsmann, ihre Person in die Angelegenheit hineinzuziehen. So lag es denn klar und offen, daß wir vor einer abgemachten, feineingedickelten Sache standen; man wollte sich der alten, tüchtigen Leute entledigen, um einem Schmaroher und Günstling den Judaslohn zu geben. Da Herr Braumeister Nieve sich trotz Einredens auf nichts einließ, waren die Kollegen moralisch zur Arbeitsniederlegung gezwungen. Wir haben die Arbeiterschaft von diesen „Geschäftspraktiken“ in Kenntnis gesetzt. In Ermangelung eines Saales zur Abhaltung einer Versammlung haben wir Flugblätter verbreitet. Zwei verheiratete Kollegen, welche in der Brauerei Jengering Arbeit erhielten, suchte man durch die Polizei schwarz zu machen, und wurde auch der Braumeister der Brauerei Jengering gewarnt, einen Eideeler einzustellen, vernünftiger Weise ließ dieser sich jedoch darauf nicht ein. Wie gewöhnlich übernahmen auch wieder Bochumer Bundesgenossen die Rolle als qualifizierter Streikbrecher. Man stellt jetzt alles Mögliche auf, um über die Ausständigen in den Wirtschaften zc. falsche Gerüchte auszulapren und so die öffentliche Meinung irre zu führen. So versteigt sich der Braumeister jetzt zu der Verkünderung, die Verheirateten hätten den Oberburschen-Posten abgelehnt. Da alle Verhandlungen seitens des Gewerkschafts sowohl wie auch einer Kommission der Bergarbeiter mit der Leitung der Brauerei nutzlos waren, so müssen wir dieselbe für die Folgen ihres provozirenden Vorgehens gegen organisierte Arbeiter verantwortlich machen.

† Braunschweig. Die Kollegen hatten folgende Forderungen eingereicht: 1. Innehaltung der 10stündigen Arbeitszeit. 2. Sonntagsarbeit ist im Prinzip abzuschaffen und die notwendigsten Arbeiten auf ein Minimum zu beschränken. 3. Ueberstunden sind an Wochentagen mit 50 Pf., Sonntags- und Nachtarbeit mit 60 Pf. zu vergüten. 2. Minimallohn für Brauer beträgt 26 Mk., für Hilfsarbeiter 22 Mk. Wohnen und Schlafen außerhalb der Brauerei. Der Hauszins ist in gutem und genießbarem Zustande zu verabreichen. Anständige Verhandlung seitens der Vorgesetzten. Bei Einstellung von Arbeitskräften sind möglichst die Arbeitslosen am Orte zu berücksichtigen. Freies Koalitionsrecht und Freigabe des 1. Mai als Feiertag. — Diese Forderungen sind vom Brauereibetrieb abgelehnt worden mit der Begründung, daß ein Theil der gestellten Forderungen bereits bewilligt sei und bestimme, ein anderer Theil aber mit Rücksicht auf die immer mehr auf das Gewerbe drückende Konkurrenz abgelehnt werden müsse. Bezüglich des außerhalb Wohnen und Schlafen wurde uns zur Antwort, daß dies Jeder machen könne, wie er wolle, eine Entschädigung gäbe es nicht. Bezüglich der Freigabe des 1. Mai antwortete man, daß der Feiertag schon genug wäre. Man schrieb unter Anderem auch, daß die meisten ihrer Arbeiter mit den Löhnen und Arbeitsverhältnissen zufrieden wären. Was Wunder, wenn man uns Derartiges zu bieten magt, wissen doch die Brauereigenossenschaftigen ganz gut, wie es um die „Sinnlosigkeit“ und den Zusammenhalt“ der Braunschweiger Kollegen bestellt ist. Darum, Kollegen, laßt Euch nun erst recht diese Ablehnung unserer Forderungen, die bald einer Verhöhnung unserer tatsächlichen Verhältnisse gleichkommt, zur Nichtachtung dienen, daß wir rastlos weiterarbeiten an der Stärkung des Verbandes, denn nur als entsprechende Macht werden wir die Anerkennung unserer gerechten Forderungen erreichen. — Bewilligt hat die Forderungen nach Unterhandlung die Brauerei G. Krüger, ebenfalls die Brauerei Germania in Wolfenbüttel. Die kleinen Brauereien geben unseren Brauereiarbeitern ein tägliches Beispiel.

† Rittingen. Daß die gemeinsten Manipulationen gewisser Unternehmern heilig sind, zeigt sich auch hier wieder. Bekanntlich legten hier am 12. Juni sämtliche Arbeiter der Gemann'schen Brauerei in Folge Maßregelung des Oberburschen wegen Verbandszugehörigkeit die Arbeit nieder. Obgleich der Direktor es erst gelugnet, stand doch fest, daß bedenklich war, die Organisation zu unterbrechen. Die Solidarität der Arbeiterschaft von Rittingen mit den um ihre Koalitionsrecht kämpfenden Brauereiarbeitern macht sich auch der Brauerei gehörig fühlbar, und so schenkt denn auch der Herr Direktor sich nicht, auf Frauen einzuwirken, daß deren Männer zu Verräthern an ihren Arbeitskollegen würden. So erschien in der „Ritinger Zig.“ folgendes Inserat: „Ich drücke hiermit mein Bedauern aus, mich der Arbeitseinstellung im Gemann'schen Bran angehörend zu haben und wäre für eine Wiedereinstellung dankbar. Wilhelm Fuß.“ Der Herr Direktor Brandtseph hatte es verstanden, die Frau des Kollegen Fuß in dessen Abwesenheit zu beeinflussen. Kollege Fuß hat das Inserat jedoch widerrufen. Nicht minder „ehrenhaft“ handelte der Herr Direktor Brandtseph im folgenden Falle: Unser Kollege W. Bayersdorfer hatte eine kurze Strafe abzuhängen und fragte vor Antritt derselben wegen seiner Wiedereinstellung an, worauf ihm vom Direktor in Gegenwart von Jengen geantwortet wurde, daß dem nichts im Wege stünde, er hätte ja nichts Schlechtes begangen. Wer nun aber geglaubt hätte, Herr Direktor Brandtseph sei ein Mann von Wort, sollte sich arg getäuscht haben, denn der Herr Direktor kannte nach Ablauf der Zeit unsern Kollegen Bayersdorfer nicht mehr und wies ihn zum Thor hinaus, ihn, der Frau und drei Kinder zu erwähnen hat. So hält der Herr Direktor Wort; so ver-

fährt er Arbeitern gegenüber. Wir werden nicht verfehlen, die Beschränkte Öffentlichkeit von diesen Praktiken der Leitung der Brauerei in Kenntnis zu setzen. Ob der Arbeiterschaft von Rittingen das Bier einer Brauerei, wo man das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen tritt, organisierte Arbeiter maßregelt und sich noch der schmutzigsten Mittel bedient, diese zu beschimpfen, in Zukunft schmecken wird, das wird der Brauerei wohl fühlbar werden. Sollte sich die Brauerei jeder besseren Einsicht verschließen und auf ihrer der heutigen Zeit Hohn sprechenden Hartnäckigkeit bestehen, so wird sie von der Arbeiterschaft noch eines Andern belehrt werden.

† Köln. Als Nachfolge der Lohnbewegung in der Brauerei Winter wurde ein Kollege gemahregelt. Da eine Kommission in dieser Sache seitens der Brauerei abgewiesen wurde, so ist diese Angelegenheit dem Gewerkschaftskartell unterbreitet worden, und wird sich in allernächster Zeit eine öffentliche Versammlung mit dem Vorgehen der Brauerei beschäftigen.

† Kottbus. Nachdem sich Anfang Februar dieses Jahres die hiesigen Brauereiarbeiter zusammengeschlossen hatten und eine Zahlstelle des Verbandes, nicht ohne des Bundes, wie es die Herren Braumeister wünschten, gründeten, feindeten sich diese Herren sofort an, was ja wohl erklärlich ist, wenn ein Braumeister, der als früherer eifriger Bundesgenosse den Gesellenstand haben will, jetzt nun organisierte Leute im Betriebe hat. Doch gerade die Herren wollten das Böse und Schaffen das Gute, so daß unsere junge Zahlstelle bald die Aufgabe hatte, hier möglichst Verbesserungen zu schaffen, denn wie kann ein Familienvater mit 13,68 Mk. Lohn auskommen, der noch dazu als Zugabe eine Behandlung erfährt, die jeder Beschreibung spottet. Mit größter Haste arbeiteten wir für eine Bewegung zur Verbesserung unserer Lage und waren damit noch nicht fertig, da wurde schon der Wälzer Melbe von Herrn Wälzmeister Herrmann entlassen und konnte dort die Zahlstelle leider nicht eingreifen. Aber auch Herr Braumeister Kurte, Brauerei Brauerhand, lästete danach, der Organisation seine „Macht“ fühlen zu lassen und mit ihr anzubinden, denn am Sonntag des 18. Mai entließ er einen organisierten Hilfsarbeiter ohne direkte Ursache. Die Zahlstelle nahm diesen Fall auf, nach einer vorangegangenen Besprechung legten am anderen Morgen sämtliche in der Brauerei beschäftigten Personen die Arbeit nieder. Es wurde die Wiedereinstellung des Entlassenen verlangt und gleichzeitig die formulierten Forderungen eingereicht. Daraufhin wurde die Entlassung zurückgenommen und die Verhandlung der anderen Punkte auf Sonnabend verschoben und die Arbeit Vormittags 10 Uhr wieder aufgenommen. Unsere Entschlossenheit hatte Nachdruck geübt, denn sämtliche Brauereidirektoren gaben an, unsere Forderungen abzuwarten, um gleichmäßig zu bewilligen. Als die Direktion der Genossenschaftsbrauerei von der Bewegung Kenntnis bekam, legte sie schnell ihren Arbeitern 2—3 Mk. zu, was sehr notwendig war, es herrschten dort Löhne von 11—18 Mk. für Brauer bei Auswärtswohnern, doch hat eine Verbesserung durchaus nicht Platz gegriffen, denn das Bezahlen der Ueberstunden fiel jetzt fort, ebenso wurde die Arbeitszeit von 4 1/2 Uhr früh bis 8 und 9 Uhr Abends ausgedehnt, was eine große Verschlechterung bedeutet und bald befristet werden muß. Die Direktion des Brauerhandes bewilligte für Brauer 23 Mk. pro Woche (früher 21 Mk.), Hilfsarbeiter 16—17 Mk. (14—15 Mk.), Geiger 21 Mk. (16 Mk.), Maschinenist 22 Mk. (20 Mk.) und für Bierfahrer wöchentlich 2 Mark Zulage und erhöhte Zantime, Sonntag-Duplon soll mit 1 Mk. bezahlt und die tägliche Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden verkürzt werden, abwechselnd Sonntagsruhe und bessere Behandlung. Die Vereinsbrauerei machte folgende Zugeständnisse: für Brauer 2 Mk. Zulage gleich 23 Mk., für Hilfsarbeiter 1 Mark, gleich 16 Mark, auch die Bierfahrer erhielten Zulage. Andere Zugeständnisse könne die Direktion nicht machen, weil die geforderten Punkte eine zu einschneidende Wirkung im Betriebe hervorrufen würde. — Trozdem die Vereinsbrauerei das Hottgeheißste, am besten fundirte Geschäft der ganzen Umgegend, kann man sich nicht weiter als zu einer solchen „Abschlagszahlung“ begeben; müssen das „arme und bedürftige“ Leute sein, die Herren Aktionäre der Vereinsbrauerei. Es scheint auch dort die „maggebende“ Person von einer kleinsten Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Brauereiarbeiter nichts wissen zu wollen, denn hätten sie noch dazu einen freien Sonntag, so könnten sie ja übermüthig werden. Zu verschiedenen Malen ist es vorgekommen, daß der Herr Braumeister Knoll sich nicht genigte, Personen, welche die Brauer in ihrer „Wohnung“ besuchten, direkt hinauszuwerfen. Auch der Oberbursche Emil Riech scheint heimlich gegen jeden Fortschritt anzukämpfen, und so bereidet er die Kollegen um die minimale Zulage. In „Antreiberei“ wird mehr als sonst geleistet und die Arbeitszeit wird ebenfalls immer mehr ausgedehnt, und das Alles, um die Mehrausgabe dem Geschäft wieder einzubringen und um die Zahl der Arbeiter möglichst verringern zu können. Man sollte nicht glauben, daß der Oberbursche Riech das, was er früher als Mitglied des Verbandes selbst versprochen und mit erstrebt hat, nunmehr helfen sollte, illusorisch zu machen oder gar dagegen anzusetzen, inintemal doch er als Oberbursche immer von allen Vorteilen mitgenießt. Hoffen wir, daß Riech in sich geht und wir bald Besseres berichten können. Die Kollegen von Kottbus werden sich aber mit dem jetzt Bewilligten nicht zufrieden geben. Noch ist die zehnstündige Arbeitszeit und Sonntagsruhe unsere Parole, ebenso die Einführung des hiesigen Arbeitslohnes und Bezahlung der Ueberstunden. Dies Alles sind Forderungen, die bei einigermaßen gutem Willen ohne irgendwelche Belastungen der Betriebe sehr gut bewilligt werden können, und werden die Kottbuser Brauereiarbeiter Alles daran setzen, um zum Ziele zu gelangen. Dazu ist aber notwendig, daß Alle ihre Pflicht erfüllen und sich dem Zentral-Verband deutscher Brauer und Berufsgenossen anschließen.

Mundschau.

— Verliert ein Verlehter, sobald er sich dem von der Berufsgenossenschaft angeordneten Heilverfahren nicht unterwirft, ohne Weiteres den Anspruch auf Unfallentschädigung? Diese Frage hat das Reichsversicherungsamt in einem ihm zur Entscheidung unterbreiteten Falle verneint. Ein Lokomotivheizer in einer Braunkohlengrube war verunglückt, indem er beim Reinigen der Lokomotive auszurutschte und mit dem Hinterkopf auf eine Eisenkante aufschlug, wodurch ein Bluterguß ins Gehirn und in der Folge theilweise Nervenlähmung eintrat. Er wurde wiederholt im Krankenhaus behandelt, erhielt auch für kurze Zeit volle Invalidentenrente, galt dann aber als geheilt. Inzwischen wurde er nach Verlauf von etwa 6 Wochen wieder am Unfallort im Krankenhaus nachsorgen, von wo er behufs geeigneter Behandlung in eine psychiatrische Universitätsklinik gebracht wurde. Hier wurde eine Ruhe- und Ernährungskur angeordnet, der sich der Verlehte widersetzte. Daraufhin wurde er unter der Begründung, er simulire und sei überdies geheilt, entlassen, und die Berufsgenossenschaft lehnte jede weitere Entschädigung ab, weil er durch seine Weigerung jeden Anspruch verwirkt habe. Der Lokomotivheizer rief nun, unter Beibringung von Zeugnis zweier Ärzte, die seine Arbeitsunfähigkeit erklärten, die Entscheidung des Reichs-Vericherungsamts an, welches dahin erkannte, daß die Berufsgenossenschaft auch weiterhin entschädigungspflichtig sei. Nach dem vom Reichs-Vericherungsamt eingeholten Obergutachten unterliege es keinem Zweifel, daß der Verlehte nicht simulire, sondern wirklich schwermercentant sei. Nun ist es ja allerdings im Allgemeinen richtig, daß ein Verlehter seinen Anspruch auf Entschädigung seitens der Berufsgenossenschaft verliert, wenn er sich einem

für notwendig erkannten Verfahren widersteht, aber durch das Obergutachten ist festgestellt worden, daß dieser Widerstand gerade durch das nervöse Leiden hervorgerufen wurde, weswegen der Verletzte nicht dafür verantwortlich gemacht werden dürfte. Außerdem ist es erwiesen, daß er von der Berufsgenossenschaft nicht darauf aufmerksam gemacht worden war, daß die Nichtbefolgung der ärztlichen Anordnungen den Verlust der Unfallentschädigung zur Folge haben werde. Dies war aber unbedingt notwendig.

— Daß eine Versicherungsanstalt die nach § 18 des Unfallversicherungsgesetzes vorgeschriebene Angehörigen-Unterstützung verweigert, weil der Versicherte bereits eine Zeit lang vor Einleitung des Verfahrens für den Unterhalt seiner Angehörigen nichts mehr gethan hat? Diese Frage verneint das Reichsversicherungsamt im Gegensatz zu der Auffassung einer Versicherungsanstalt, die die Unterstützung verweigert, indem sie den Absatz 4 des § 18 nicht richtig auffaßt. Dort heißt es nämlich, daß für solche Angehörigen des Versicherten Unterstützung zu zahlen ist, deren Unterhalt dieser „bisher“ aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat. Da der Betroffene aber, bevor die Versicherungsanstalt das Verfahren einleitet, schon eine Zeit lang krank und demgemäß erwerbsunfähig gewesen war, so behauptete die Versicherungsanstalt, daß der Fall der Zahlungsverpflichtung hier nicht gegeben sei. Das Reichsversicherungsamt entschied aber im gegenteiligen Sinne. Unter „bisher“ sei die Zeit zu verstehen, in der der Versicherte auch erwerbsfähig gewesen sei, nicht die Zeit „bis zur Eröffnung des Verfahrens“, denn wenn man der Auffassung der Versicherungsanstalt folgen wollte, würde es dieser Behörde ja möglich sein, sich ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Leistung einer Angehörigen-Unterstützung jederzeit dadurch zu entziehen, daß sie den Kranken erst nach längerer oder längerer Dauer seiner durch die Krankheit bedingten Erwerbsunfähigkeit in sachgemäße Behandlung nimmt. Daß der Gesetzgeber eine derartige, auch zu einer Verzögerung des Eingreifens der Versicherungsanstalt führende Möglichkeit habe zulassen wollen, kann keinesfalls angenommen werden. Aber auch innere Gründe sprechen dafür, daß man unter „bisher“ die Zeit „bis zur Eröffnung des Verfahrens“ begreift. Der Gesetzgeber hat die Fürsorge für die Angehörigen vorgesehen, um das Ziel der Heilbehandlung — Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit — durch Beseitigung von Sorgen des Kranken um die Lebenshaltung seiner Familie möglichst zu sichern. Dieser Zweck wird nicht erreicht werden, wenn man nur einem unmittelbar nach Beginn der Krankheit in ein Krankenhaus aufgenommenen Versicherten die Angehörigenunterstützung zu Theil werden lasse, sie einem solchen Kranken dagegen, der erst, nachdem er bereits eine Zeit lang seiner Familie zur Last gefallen, die Wohlthaten einer sachgemäßen Heilbehandlung genießen kann, verweigert.

— Gegen die Sprungerisse ohne Unterlaß zu kämpfen ist die Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers. Wie sehr schon heute die Lebensmittelpreise die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters vertheuert, ergibt eine Haushaltsstatistik über die Ausgaben einer holländischen und einer deutschen Arbeiterfamilie. Die Zusammenstellung ist einer Nummer der in Ruhrort erscheinenden rheinisch-westfälischen Schiffsfahrtszeitung vom Jahre 1900 entnommen. Sie soll und kann natürlich nur zum Vergleich dienen, nicht etwa aber angeben, was der Arbeiter in Holland und im Ruhrbezirk wirklich pro Woche braucht resp. brauchen kann. Der holländische Arbeiterhaushalt gilt zunächst für die Provinz Gelderland und zwar die Arnhemmer Gegend, während für den Ruhrbezirk die Ruhrorter Gegend in Betracht kommt. Die eingestellten Preise sind sämtlich Marktpreise. Es kosten:

	Holland	Deutschland
	Mk.	Mk.
1 Pfund Rind- und Kalbfleisch mit Knochen	1,35	2,10
3 Pfund Speck, Schweinefleisch und Butter	1,80	2,80
4 Pfund Schmalz	0,45	0,60
3 Pfund Mehl, Reis, Gerste und dergleichen	0,42	0,61
4 Pfund Hülsenfrüchte	0,56	0,72
10 Pfund Kochobst	0,60	1,—
Für 5 Tage Gemüse und Salat	0,75	1,30
35 Pfund Kartoffeln	0,90	1,20
Essig, Del, Senf, Zwiebeln zc.	0,40	0,40
14 Liter Milch	2,10	2,52
15 Pfund Roggenbrot	1,32	1,86
15 Pfund Weizenbrot	1,75	2,50
2 Pfund Butter	2,—	2,50
Käse, Eier, Serringe zc.	0,70	1,—
1/2 Pfund Zucker	0,20	0,15
1 Pfund Kaffee (oder entsprechend Thee)	0,65	1,10
3 Liter Petroleum	0,48	0,63
Seife, Soda zc.	0,50	0,50
2 Zentner Kohlen nebst Holz	2,40	2,20
	19,33	25,79
Dazu 1 Pfund Tabak mittlerer Qualität	0,50	1,—
7 Liter Braundier	1,18	1,40
	21,01	28,19

Aus diesem Vergleich ergibt sich, daß der für Deutschland ermittelte Betrag um 33 1/2 Prozent höher ist, als die Kosten für den holländischen Arbeiterhaushalt. Ganz besonders ins Gewicht fallen die Mehrkosten für Brot; sie betragen deutschereits bei Roggenbrot 54, bei Weizenbrot 75 Pf. pro Woche. Für Roggenbrot und Weizenbrot zusammen ergibt sich gegenüber Holland eine Mehrbelastung von 67,80 Mk. Ganz erheblich theurer sind auch die Fleischpreise in Deutschland, was wohl darauf zurückzuführen werden darf, daß das ausländische Fleisch durch alle möglichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmahnahmen von unserer Grenze ferngehalten wird. Bemerkenswerth ist der Umstand, daß auch kostbare Lebensmittel, wie z. B. Kartoffeln, theurer sind als in Holland. Die Nachfrage steigt. Daß auch die Industrie Deutschlands von der Ausbeutung des Arbeiters durch die Agrarier Schaden hat, versteht sich am Hande.

— Wegen Verfehlung von Bier ist der Brauereibesitzer, früherer Apotheker Carl Schöllkopf in Ulm zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er ließ alle Bierreste in seinem Restaurant sammeln, in Fässer füllen und verkaufte die Brühe als „feines ausgezeichnetes“ Bier. Die chemische Untersuchung ergab, daß dem Biere Zigarettenstummel, Zigarettenasche, Haare, Brot- und Speisereste, Insekten zc. beigemischt gewesen waren, und vorgefundene Spuren von Schlemm lassen auch andere, nicht eben appetitliche Beigaben vermuten.

— Bankrott und Geschäftskrisis. In der letzten Zeit wehren sich die Zusammenhänge der Banken ganz beträchtlich. Eine nach der anderen stellt die Zahlungen ein, was begreiflicherweise nicht ohne Einfluß auf das Berufsleben bleiben kann. Die Zahl der Konkurse betrug allein im Monat Mai 11, sechs mehr als im April und 11 mehr als im Mai des vorigen Jahres. Davon entfallen auf die Kreisbankmannschaft Leipzig 22 Zahlungseinstellungen. Weiter kommen auf die Kreise Dresden 26 (25) Zahlungseinstellungen bei 11 Amts-

gerichten, Bauen 16 (7) Anmeldungen bei 10 Amtsgerichten und Zwickau 21 (14) Anmeldungen bei 11 Amtsgerichten. Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen hier und im Folgenden die gleichartigen Werte aus dem Monat Mai des Vorjahres. 17 Amtsgerichte in Sachsen haben bis Ende Mai für das laufende Jahr noch keine Zahlungseinstellung im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Von den einzelnen Amtsgerichten hat Leipzig mit 14 (10) Zahlungseinstellungen die Höchstzahl gehabt; darnach folgen: Chemnitz mit 10 (7), Dresden mit 6 (9), Zwickau (0).

Tausende Arbeiter sind in Folge der Zahlungseinstellungen der Banken und der auf dem Fuße folgenden Konkurse arbeitslos geworden, und es wird lange dauern, ehe die Geschäftswelt sich von dem Krach, der dem von 1873 an Tiefe und Umfang schon über sich, erholt haben wird. Die Arbeiter sind es leider immer, die unter der Gründerpanik und unter den korrupten Zuständen in unserem Wirtschaftsleben leiden müssen, sie müssen immer das Bad fassen, ob der Geschäftsgang stolt oder flau geht. Wann wird das endlich besser werden!

Abrechnung der Hauptkasse für Monat Juni 1901.

Einnahme.		
Von den Zahlstellen:		
Juni: Eintrittsgelder	Mk.	198,—
Beiträge		3 823,91
Von den Einzelmitgliedern:		
Juni: Eintrittsgelder		7,—
Beiträge		204,46
Für Abonnements auf die „Brauereizitung“		180,32
Für Inserate		208,23
An freiwilligen Beiträgen		8,06
An Rechtschutz zurück		10,—
Bestand vom Monat Mai 1901		59 294,24
	Summa	Mk. 63 934,22
Ausgabe.		
Für Gehälter der Beamten	Mk.	450,—
Für Mantelgeld		5,—
Für Zuschüsse		75,50
Porto für Versand der Zeitung		302,60
Für Zeitungsartikel und Abonnements		62,48
Für Arbeitslosenunterstützung		95,—
Für Krankenunterstützung		5,—
Für Unterstützung an Gemahlsregelte		300,—
Für Rechtschutz und Gerichtskosten		10,—
Für Agitation und Unkosten zu den Lohnbewegungen		244,10
Zuschuß an die Zweigvereine		50,—
Für Streikunterstützung		2726,41
Für Revision der Hauptkasse		8,—
Für Sitzungen des Hauptvorstandes		8,50
Für Stempel und Briefen		7,75
Für Versicherungsmarken (Zunahilidität)		16,40
Für Bindfaden, Reparaturen u. sonstige Bureaubedürfnisse		26,50
Für Porto und Bestellgeld		56,92
An dem Internationalen Unterstützungsfonds abgeschrieben		500,—
	Summa	Mk. 4 950,11
Bilanz.		
Einnahme	Mk.	63 934,22
Ausgabe		4 950,11
Kassenbestand am 30. Juni 1901	Mk.	58 984,11
Bestand des internationalen Unterstützungsfonds		4 660,52
Aus der Hauptkasse abgeschrieben für das 2. Quartal 1901		500,—
	Summa	Mk. 64 144,63

Hannover, den 16. Juli 1901.

Der Verbandsvorstand: **G. Bauer.** Der Hauptkassier: **S. Kagerl.**
Revidirt und für richtig befunden: **S. Klauß.** Die Revisoren: **Otto Maulhardt.**

Quittung.

Vom 7. bis 14. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Mörsch 3,60. Forchheim 9,20. Münsterberg 7,—. Memmingen 68,45. Düsseldorf 103,64. Trillfingen 1,20. Dettingen 10,—. Dillenburg 12,90. Halberstadt 54,92. Ehlingen 9,70. Gotha 74,29. Raasdorf 2,20. Wanneheim 24,87. Chemnitz 24,15. Pflungstadt 110,10. Wschaffenburg 111,19. Bremen 435,—. Warmen 102,60. Hildesheim 37,30. Hannover 2,20. Anderten 7,20. Kriebitz 2,40.
Für Inserate ging ein: Groß-Gerau 1,—. Heilbronn 3,—. Hamburg 3,—. Sonnenwih 1,40. Linden 1,—. Gotha 1,—. Wschaffenburg 1,—. Raasdorf 1,—.
Für Abonnements ging ein: Brauer-Fachverein Chauv de Fonds 4,02.

Verichtigung:
Statt der in letzter Nummer an dieser Stelle für Hannover quittirten 33,90 Mark muß es heißen: 93,— Mark.
Hannover. Für die Familie des verstorbenen Kollegen **Kentisch** ging ein: Brauer der Städtischen Brauerei 57,—. Geiger und Maschinen der Städtischen Brauerei 11,20. Hilfsarbeiter der Städtischen Brauerei 5,35. Brauer der Bindener Aktien-Brauerei 37,75. Hilfsarbeiter der Bindener Aktien-Brauerei 11,15. Geiger und Maschinen der Bindener Aktien-Brauerei 10,50. Bierfahrer der Bindener Aktien-Brauerei 3,80. Brauerei Wälfel 6,—. Germania-Brauerei 29,50. Broghhan-Brauerei 5,50. Kaiser-Brauerei 8,55. Bürgerliches Brauhaus 8,60. Hannoverische Aktien-Brauerei 12,10. Vereinsbrauerei, Herrenhausen, 26,70. Summa: 236,70. Betrag dankend quittirt Frau **Kentisch**.

Für die gemahlsregelten Brauer in Graz liefen bei deren Gewerkschaft bis Juli ein: Von den Brauern in Schöllhof 16,—. Kronen. Murau 15,30. Villach 14,20. Marburg 13,80. Amstetten 32,20. Ruffstein 15,60. Gallein 5,60. Faraach 33,50. Innsbruck 20,40. Vom Braueri-Personal Kundl 26,70. Von Brauern in Wien 60,—. Studenz 20,—. Summa 273,30 Kronen.

Verbandsnachrichten.

* Das Mitgliedsbuch Nr. 23 952, auf den Namen Josef Die mer, eingetretan am 5. November 1898, ist verloren gegangen. Es ist daher nur das Buch gültig, wo eingeschrieben steht: Duplikat und auf der ersten Seite mit dem Stempel des Hauptvorstandes versehen ist. Sollte das alte Buch vorgezeigt werden, so ist dasselbe einzuhalten.
* Wo befindet sich der Brauer **Heinrich Werschke**, im Jahre 1900 in der Brauerei Winter, Köln, beschäftigt? Nachricht erbittet **Max Schüren**, Köln, Severinstraße 51.
* Berlin. (Brauere.) Kollegen, beachtet den § 19 des Verbandsstatuts.
* Chemnitz. Die Einzelmitglieder von Chemnitz und Umgebung werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls nach dem § 13 des Statuts verfahren wird.

* Dortmund. Die Adresse des Vorsitzenden **Brülling** ist: Alfenstraße Nr. 3, woselbst auch die Unterstützung ausbezahlt wird.

* München. Die Wohnung des Vorsitzenden, Kollegen **Schrembs**, befindet sich nicht Haberstraße, wie irrtümlich in Nr. 28 angegeben, sondern Haberstraße 18, 1. Et.

* Nürnberg. Die Unterstützung zahlt der Vorsitzende, **Georg Meinhardt**, Abends von 7 Uhr ab in seiner Wohnung, Kauferei Kaufergasse 10, 2. Et., aus.

* Saalfeld. Die Unterstützung zahlt nur Kollege **Kder**, Oberthorgasse 6, Mittags 12—1 und Abends 6—8 Uhr aus.

Briefkasten.

Verichtigung. In Nummer 28 der „Brauereiztg.“ muß es bezüglich der Gratulation der Kollegen der Brauerei **Schuchmann** heißen: Aktien-Brauerei **Schuchmann**, Bötzingen, und nicht Heidelberg.
In Nummer 28 muß es unter **Hildesheim** heißen: Kollege **Krother** und nicht **Köther** und Kollege **Kauland** und nicht **Kauland**.

Berichtungen finden statt in:

Berlin. (Sektion der Brauer.) Sonntag, den 21. Juli, Nachmittags 2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelwerfer 15, Saal 1: Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Rosenow** über: „Die Kolonialpolitik des Kapitalismus und die Stellung der Arbeiter.“
Saale a. S. (Sektion der Brauer.) Sonntag, den 21. Juli, Abends 6 Uhr, bei **Faulmann**, Unterberg 12.
Kempten. Sonntag, den 21. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Hof“, Altstadt: Öffentliche Versammlung. Ref.: **Genosse Mauerer** - München, über: „Welche Stellung sollen die Kemptener Brauer im wirtschaftlichen Kampfe einnehmen?“

Leipzig. Sonntag, den 21. Juli, Nachmittags 3 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung in „Stadt Hannover“, Seeburgstraße. Vortragsthema wird in der Versammlung bekannt gegeben. Abrechnung vom 2. Quartal. Bericht der Revisoren. Gewerkschaftliches. Die rückständigen Beiträge sind zu entrichten.
Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 20. Juli, Abends 8 Uhr, im „Burgkeller“: Außerordentliche Versammlung.
Mühlheim a. Ruhr. Sonntag, den 21. Juli, Vormittags 10 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Herrn **Vogelstedt**, Ecke Kohlenkamp und Böhstraße.
Saalfeld. Jeden 1. Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr, bei **Emmermann**.

Inserate müssen bei Einlieferung derselben bezahlt werden u. zwar für Nachrufe u. Veranlassung = Anzeigen 1,50 Mk., für Gratulationen und sonstige Inserate (außer Geschäfts- = Inserate) 1 Mk. Nicht bezahlte Inserate werden nicht mehr aufgenommen.

Die **Hallerauer Hopfen-Verkaufsgenossenschaft** Abens, Post selbst, Oberbahren, offerirt den P. T. Braueren ihre Lager vorzüglicher Hallerauer Siegel-Hopfen (nur Siegelgut in und Wolzgang). Zeitgemäße Lagerhausrichtungen, billige Preise, sofortige Baarzahlung nicht verlangt. Ziel: Vereinarbeitung.

Joh. Dohm Spezialgeschäft f. Bierbrauer, Kiel, Winterbeckerstr. 12 empfiehlt in bekannter Güte: Normal- und bunte Gemden, Luterhosen, Soden, extra starke Holzschuhe, Plüschschuhe, Mäzzerpantoffeln, Seiden- und Tuchmägen, Arbeitshosen u. Joppen, Handtöcher, große Koffer, Bierkrüge u. f. w. = Neue Preisliste gratis. =

Wo befinden sich die Kollegen **Müller, Beile u. Tanker**, im Mai noch in Wörsberg a. Inn? Auskunft erbittet die Expedition der „Brauereizitung“.

Unsern werthen Verbandskollegen **Johann Lutz** und seiner lieben Frau zu der am 16. Juli stattgefundenen Hochzeitfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen des Bürgerlichen Brauhauses, Jüngelstadt.

Die Lehren des Klubs der **Samlosen Junggesellen** der Brauerei **Biehelsdorf** wünschen dem abtrünnig gewordenen Kollegen **Karl Klockow** und seiner lieben Braut **Paula Maria Till** viel Glück zu der am 24. Juli stattfindenden Hochzeitfeier.

Unsern werthen Verbandskollegen **Ernst Wesner** und seiner lieben Braut **Anna Voigt** zu der am 18. d. Mts. stattfindenden Hochzeitfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der Zahlstelle **Gotthard**.

Unsern werthen Verbandskollegen **Georg Reuffle** zu seiner Abreise von hier ein herzlichstes Lebenswohl! und viel Glück und Segen seinem neuen Unternehmen.
Die Verbandskollegen der **Elfsässer** Brauerei **Kochendorf**, Zweigverein **Heilbronn a. N.**

Den Verbandskollegen der **Löwen-Brauerei** Hamburg für die uns anlässlich unserer Hochzeitfeier dargebrachten Glückwünsche und Aufmerksamkeiten unsern herzlichsten Dank.
Hans Steyer und Frau.

Zu beziehen durch die Expedition der „Brauereiztg.“

C. R. Wittber Chemnitz, Müllerstr. 28, Fabrikant der altbekanntesten Chemnitzer Holzschuhe, Mäzzer-Pantoffeln, Plüschschuhe, sowie Stiefeletten aus Doppel-Geleht für Mäzzer und Private, Preis 6 Mk.

